

Allianz gegen Rechtsextremismus
Geschäftsstelle
Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Fon: +49 (0)911 / 231 50 30
Fax: +49-(0)911 / 231 30 40
menschenrechte@stadt.nuernberg.de
www.menschenrechte.nuernberg.de

Pressemitteilung der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Vor dem Hintergrund der nunmehr offenbar gewordenen, rassistisch motivierten Morde an Nürnberger Bürgern durch neonazistische Terroristen und vor dem Hintergrund einer in den letzten Monaten krimineller und aggressiver agierenden Neonazi-Szene in der Metropolregion sehen die Vorsitzenden und der Koordinierungskreis der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ die Notwendigkeit, das staatliche, behördliche sowie zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus in Franken und Bayern zu forcieren bzw. umzustellen.

Die Allianz stellt fest, dass sich die regionale Neonazi-Szene nach einem verstärkten polizeilichen Ermittlungsdruck nach der Aufdeckung der NSU-Mordserie keineswegs verbirgt, sondern vielmehr in die Offensive geht. Sie huldigt offensichtlich jenem „Heroismus der Tat“, der von den rechtsextremistischen Terroristen als Losung in ihrem Bekenner-Video ausgegeben wurde („Taten statt Worte“). Überfälle auf links-alternative Jugendzentren, massive Sachbeschädigungen bei BürgerInnen, die sich gegen Neonazis zur Wehr setzen und selbstbewusste Auftritte von Neonazis und Wortergreifungen auch bei offiziellen Gelegenheiten (Empfänge, Vortragsveranstaltungen etc.) in den letzten Monaten dienen dem Zweck, die demokratische Öffentlichkeit einzuschüchtern, das Drohpotential und die schlagkräftige Handlungsmächtigkeit der Szene zu demonstrieren. Darüber hinaus sind verstärkte Anstrengungen zu beobachten, die neonazistischen Strukturen auszubauen (Neugründung einer regionalen Organisation der „Jungen Nationaldemokraten“; Neugründung von sog. Kameradschaften). Eine indirekte Ermutigung erfährt dieses Selbstbewusstsein zum einen aufgrund der Null-Aufklärungsquote der Polizei - die Sachbeschädigungen in der jüngsten Vergangenheit betreffend – und aufgrund eines offenkundig nicht funktionierenden Informationsflusses aus den sceneinternen Quellen der vom Verfassungsschutz bezahlten Neonazis („V-Leute“). Zum Weiteren bemüht sich das bayerische Innenministerium trotz der evidenten, einschlägigen Vernetzungen der bayerischen, insbes. der fränkischen Neonazi-Szene, mit der bundesdeutschen und internationalen Neonazi-Szene darum, die Nicht-Aufdeckung der terroristischen Qualität rechtsextremistischer Bestrebungen anderen Bundesländern anzulasten. Mit dem beständigen Hinweis auf die angebliche Bedrohung durch Linksextremismus werden die rechtsterroristischen Morde und das aggressive Auftreten von Neonazis de-thematisiert und damit in ihrer Bedeutung relativiert. Mehr noch: Durch die Konjunktion, das von der Extremismustheorie inspirierte „Zusammendenken“, von Links- und Rechtsextremismus wird ein kausaler Zusammenhang konstruiert, der im Extremfall rechtsextremistische Kriminalität als Reaktion auf linksextremistische Provokationen erscheinen lässt oder zumindest als Ergebnis der sich wechselseitig hochschaukelnden extremistischen Gewalt.

Demgegenüber vertreten die Vorsitzenden und der Koordinierungsausschuss der Allianz die Position, dass Rechtsextremismus ein rassistisches, antidemokratisches, menschenrechtsfeindliches, an die NS-Ideologie anschließendes Gedankengut darstellt, das die Bedrohung, Vertreibung bis hin zur Vernichtung von Gegnern und missliebigen Personen und Gruppen beinhaltet und mithin als intentionales, gegen die normativen Grundlagen und gegen die empirische Wirklichkeit moderner Einwanderungsgesellschaften gerichtetes, Projekt anzusehen ist und nicht als „bedingter“ Reflex auf Linksextremismus. Die Extremismus-Theorie muss darüber hinaus aufgrund ihrer theoretischen Architektur rassistische, menschenfeindliche Einstellungen und Handlungen in der „Mitte der Gesellschaft“ unterschlagen und damit einen Nährboden, der Bekräftigungen des rechtsextremistischen Gedankenguts bereitstellt und Ermutigungen dazu, sich zum Fürsprecher dieser „Sache des Volkes“ aufzuschwingen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen vertreten Vorstand und Koordinierungskreis der Allianz folgende Positionen:

1. Die Forderung der Allianz nach einem Verbot der NPD wird bekräftigt. Im Vorfeld eines sorgfältig einzuleitenden Parteiverbotsverfahrens sollte das „Freie Netz Süd“, das Aktivitätsnetzwerk der neonazistischen Kameradschaften in Bayern, verboten werden. Die Allianz unterstützt die Forderung der demokratischen Kräfte des Nürnberger Stadtrates, die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, eine Tarnliste der NPD, zu verbieten.
2. Die gegenwärtige Aufklärung von Zusammenhängen in der Mordserie des NSU-Trios wird maßgeblich von den Medien betrieben. Der Verfassungsschutz hat demgegenüber nichts zur Verhinderung/Aufklärung beigetragen. Ganz im Gegenteil spielte er eine höchst dubiose Rolle bei der Unterstützung neonazistischer Strukturen. Auch die Anschlagserie in unserer Region konnte mit Hilfe des bayerischen Verfassungsschutzes nicht aufgeklärt werden. Nachdem die Effektivität des Verfassungsschutzes mit guten Gründen in Zweifel gezogen werden muss und die V-Leute offenkundig bestehende Neonazi-Strukturen mehr stabilisieren als destabilisieren (etwa auch mit Blick auf ein Verbot der NPD), sollten die V-Leute stillgelegt werden, der Verfassungsschutz einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterzogen und sein Aufgabenprofil neu konzeptualisiert werden. Zudem sollte ein Gutachten zur Geschichte des bayerischen Verfassungsschutzes in Auftrag gegeben werden, um bspw. die Tradierung von einseitigen Beobachtungsperspektiven auf Verfassungsfeinde klären zu können.
3. Die „Extremismus-Klausel“ bei der Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus muss abgeschafft werden. Sie stellt nicht nur zivilgesellschaftlich Engagierte unter „Generalverdacht“, sondern verursacht aufgrund der „Links-Rechts“-Gleichsetzung Wahrnehmungsunschärfen und Bagatellisierungen rechtsextremistischer Umtriebe.
4. Vertreter politischer Parteien und Polizei sollten rechtsextremistische Gewalttaten als politisches und nicht als psychiatrisches Phänomen interpretieren. Es sollte nicht vorschnell eine Individualisierung des Täterverhaltens vorgenommen, sondern immer auch ein Zusammenhang mit bestehenden neonazistischen Netzwerkstrukturen beobachtet werden.
5. Die Allianz fordert die schonungslose Aufklärung von Unterstützerstrukturen der NSU in Bayern, Franken und Nürnberg.

6. Aufgrund der zunehmenden Anfeindungen von MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund sollte in Bayern auf der Basis des Anti-Diskriminierungsgesetzes und nach dem Vorbild anderer Bundesländer Anti-Diskriminierungsstellen als Anlaufstellen für Opfer des alltäglichen Rassismus ausgebaut werden.
7. Der Koordinierungskreis der Allianz und die Vorsitzenden wollen mit den Polizeipräsidenten Mittelfrankens und Oberfrankens am „Runden Tisch“ unter anderem klären, wie bedrohte zivilgesellschaftliche Akteure und der Politik geschützt werden können, wie die überregionale polizeiliche Kooperation erfolgt und welche Erkenntnisse die Polizei in Bezug auf das Gewaltpotential der regionalen Neonazi-Szene hat.
8. Die Allianz will die Initiative starten „Keine Bewirtung von Rassisten“ und mit Aufklärungsmaterial, praktischen Handreichungen das Gaststätten- und Hotelgewerbe dafür gewinnen, die Demokratie zu stärken und Verfassungsfeinden Räume und Unterstützung zu verweigern.
9. Mit einer Informationskampagne „Entwaffnung von Nazis“ soll dazu beigetragen werden, dass Schützenvereine, Kampfsportvereine und Reservistenvereine Neonazis in ihren Reihen nicht dulden. Die Landratsämter sollen dafür gewonnen werden, bekannten Neonazis die Waffenscheine zu entziehen.
10. Formierung einer strategischen Bildungsoffensive: Örtliche größere Bildungsträger sollen dafür gewonnen werden, gemeinsam eine antirassistische, menschenrechtsorientierte Bildungsangebote zu entwickeln.
11. Aufgrund einer ganzen Reihe von Anfragen soll ein Bürgernetzwerk gegen Nazis gegründet werden für Menschen, die sich projektförmig in die Abwehr des Rechtsextremismus einbringen wollen.
12. Unterstützung muss es künftig auch stärker geben für Eltern, deren Kinder in das rechtsextreme Lager abzudriften drohen oder dort bereits aktiv sind, etwa in Gestalt von Elternselbsthilfegruppen.
13. Das Handlungsprogramm der Allianz wird unter dem Eindruck der aktuellen Vorgänge überarbeitet, neu aufgelegt und die Mitglieder nachdrücklich daran erinnert, einzelne Programmpunkte in ihrem Zuständigkeitsbereich zu verwirklichen.
14. Die Homepage der Allianz wird eingestellt, die nicht nur die Allianz nach außen hin transparenter machen, sondern auch den Austausch der Mitglieder intern unterstützen wird.

Michael Helmbrecht, Vorsitzender der Allianz
Stephan Doll, stellvertr. Vorsitzender der Allianz
Dr. Stephan Ark Nitsche, stellvertr. Vorsitzender der Allianz
Suzi Streckel, stellvertr. Vorsitzende der Allianz
Werner Wolf, stellvertr. Vorsitzender der Allianz

Im Namen des Koordinierungsausschusses der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Nürnberg, 2. Februar 2012